

Ökolumne

Die Inflation wird Reformen erzwingen

Die Politik und auch die Zentralbanken haben weltweit die Finanzmärkte mit Krediten zu äußerst niedrigen Zinsen für die Rettung der Banken geflutet. Die Ausweitung der Geldmenge führt langfristig immer zur Inflation. Die Preissteigerungen werden nun zu einem globalen Problem. Das damit einhergehende Risiko betrifft auch die Schwellenländer. Energie und Lebensmittel werden teurer, hinzu kommen Transportprobleme als Folge der Corona-Pandemie (z.B. in China).

Die Anhänger der Verschuldung behaupten: solange die Zinsen unterhalb der nominalen Wachstumsrate bleiben, sei das kein Problem. Damit schafft man aber einen Wachstumszwang, um den Schuldenberg weiter kontrollieren zu können. Wenn jetzt das Zinsniveau ansteigt, müssen die Regierungen die Steuern massiv erhöhen und die Ausgaben erheblich beschneiden. Die EZB hat insgesamt in Höhe von 4,4 Billionen Euro Staatsanleihen aufgekauft. Dieser Wert soll nun nicht weiter erhöht werden. Die EU besitzt selber keine eigenen Steuereinnahmen, um diese Schulden abzubauen. Die EU-Staaten sollten jetzt handeln und in der Euro-Zone Steuern einführen, die es bisher nicht gibt, um die EZB-Schulden wieder abzubauen. Die Auslandsverschuldung in der EU muß streng kontrolliert werden.

Im 1. Weltkrieg wurde in Deutschland der Krieg durch Kriegsanleihen und mit Schuldscheinen finanziert. Die Geldmenge stieg in Deutschland während des Ersten Weltkriegs dann auf das Vierfache an. Das Geld wurde für Waffen ausgegeben, denen kein dauerhafter produktiver Gegenwert von Waren und Dienstleistungen gegenüberstand. Kriege hinterlassen immer große Wertverluste. Es gab während des Krieges und danach in der Weimarer Republik kein funktionierendes Steuersystem in Deutschland und als der Streit um Zahlung der Reparationen an die Siegermächte eskalierte, entstand die Hyperinflation im Jahr 1923.

Auch heute haben wir in Europa wieder Kriege. Die Aufrüstung und die Waffenexporte sollen erst in der Zukunft mit Steuern bezahlt werden.

Der Anstieg der Immobilienpreise in den USA und vielen Ländern Europas wurde so einfach hingenommen und der öffentlichen und privaten Verschuldung wurden keine effektiven Grenzen mehr gesetzt. Die Entscheidung für massive Staatsanleihekäufe, die hinter der EZB-Politik des „whatever it takes“ von Mario Draghi zur Stabilisierung des Euro steht, kann bei steigenden Zinsen auch heißen: Gemeinsam in den Untergang. Die Erweiterung der Währungsunion um Griechenland im Jahr 2001 (obwohl es sich den Beitritt mit falschen Angaben erschlichen hatte und die Regeln nicht eingehalten konnte) führte zu einer großen Finanzkrise in der Euro-Zone. Auch in Griechenland gab es nur ein unzureichendes Steuersystem.

Die ursprünglich befristet geplanten Notmaßnahmen dagegen mutierten dann zu einem riesigen „Euro-Rettungsmechanismus“. Die Politik war darauf ausgerichtet, das Scheitern von Großbanken zu verhindern. Immerhin wurde der EZB ein Mandat zur Bankenüberwachung übertragen.

Heute ist die Polarisierung in der Gesellschaft bedenklich. Die Politik muß strategische Schwerpunkte setzen. Dazu gehört vor allem die Rettung des Klimas. Das muß Vorrang vor Renten Krisen, Rohstoffengpässen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben. Die Kosten des Klimawandels werden von den Marktteilnehmern noch immer unterschätzt. Die EU sollte eigene Steuern in der Euro-Zone einführen und dabei besonders energieintensive Unternehmen höher besteuern.

Auch der Emissionshandel muß vor Zugriffen geschützt werden. Die EU-Kommission versuchte bereits, Emissionszertifikate, die sie dem Markt entzogen hat, wieder zu verkaufen, womit der CO2-Preis sinkt. Damit sägt sie am „Green Deal“, mit dem Ziel, LNG-Terminals zu finanzieren. Das ist ein unglaublicher Skandal. Aber fast niemand protestiert dagegen.